

## Verbraucherrecht

### Umzugsrisiko gegen Vertragslaufzeit

Der Bundesgerichtshof hat im Jahre 2010 ein Urteil von besonderer Brisanz für alle Internetnutzer gefällt, unerfreulicherweise kein verbraucherfreundliches. Ein DSL-Vertrag mit einer Laufzeit von zwei Jahren ist grundsätzlich nicht vorzeitig kündbar. Selbst dann nicht, wenn der Verbraucher aus beruflichen Gründen umziehen muss. Und selbst dann nicht, wenn am neuen Wohnort nicht einmal DSL verfügbar ist. Der niedrige monatliche Preis für die zweijährige Laufzeit ist nach Auffassung des höchsten deutschen Zivilgerichts lediglich bei Ausschöpfung der vollen Laufzeit für den Provider kostendeckend. Die Verbraucherzentrale Bremen kritisiert diese Grundsatzentscheidung. Der BGH verschiebt das wirtschaftliche Risiko einer langfristigen Vertragsbindung einseitig zu Lasten der Verbraucher. Der Verbraucher muss sich berufliche Zwänge, die heutzutage gesellschaftlich und rechtlich von Arbeitnehmern erwartet werden, als eigenes Risiko zurechnen lassen. Dem Anbieter steht hingegen frei, insbesondere in ländlichen, dünn besiedelten Gebieten nicht in kostspielige Leitungen zu investieren. Die Konsequenz nach Auffassung der Verbraucherzentrale Bremen ist: Verbraucher, die in der Gefahr stehen, den Wohnort wechseln zu müssen, dürfen keine Verträge mit einer Mindestvertragslaufzeit von zwei Jahren abschließen. Sie sollten alternative Vertragsangebote mit möglichst kurzer Vertragsbindung nutzen.

### Elefantenzahl gegen Mauszahl

Urheberrechtsabmahnungen sind ein Geschäft mit der Angst der Verbraucher, das sich rechnet, und zwar für die Rechtsanwälte. Urheberrechtliche Abmahnungen sind ein Dauerbrenner in der Verbraucherrechtsberatung. Die Verbraucher werden durch die anwaltlichen Abmahnschreiben mit kurzen Fristen und der Einleitung von Gerichtsverfahren bedroht und sind nicht zuletzt durch die Höhe der geltend gemachten „Schadenersatzforderungen“ (bis zu 1.200,00 €) massiv verunsichert. Ersten statistischen Erhebungen im Netz zu Folge sind im Jahre 2010 über 575.000 Abmahnungen mit einem Gesamtforderungsvolumen von über 412 Millionen Euro versandt worden. Etwa 40 Prozent der abgemahnten Verbraucher sind derart eingeschüchtert und zahlen spätestens nach der ersten Zahlungserinnerung. Dieses Umsatzvolumen von 165 Millionen Euro pro Jahr ruft viele Trittbrettfahrer auf den Plan, und nach seriösen Einschätzungen ist ein Ende nicht in Sicht. Bei der Verbraucherzentrale Bremen finden Verbraucher kompetenten Rat und Hilfe, um Realität und Drohgebärden zu trennen. Im Jahre 2010 sind bei 575.000 Abmahnungen lediglich 237 gerichtliche Verfahren gezählt worden. Eine Klagewahrscheinlichkeit von 0,04 Prozent der Fälle.

## Energie und Klima

### Energie

Kündigung des Gasversorgungsvertrages durch die swb – und das mitten im Winter. So fing für ca. 4000 Bremer das Jahr 2010 an. Die swb kündigte allen Sondervertragskunden, die nach Aufforderung durch die Verbraucherzentrale Bremen Widerspruch bei der swb gegen die Preiserhöhungen eingelegt hatten. Die entsprechenden Verträge beinhalteten Preisanpassungsklauseln, die vom Bundesgerichtshof 2009 für unwirksam erklärt wurden. Durch die Massenkündigungen wollte die swb die alten Verträge loswerden. Die daraus resultierende Rückforderung der Verbraucher stritt die swb ab. Jeder einzelne musste sein Recht einklagen. Diese Klagewelle beschäftigt immer noch die Bremer Gerichte. Die Verbraucher, die von Anfang an auf Rat der Verbraucherzentrale die monatlichen Abschläge gekürzt hatten, konnten ohne Klage ihr Geld behalten. Viele Kunden kehrten durch diese Kündigungsaktion der swb nicht nur beim Gas, sondern auch beim Strom den Rücken zu. Die Energieberater hatten starken Zulauf bei der Anbieterwechselberatung. Der Anbieterwechsel lief aber nicht bei allen Verbrauchern reibungslos. Es gibt viele neue Strom- und Gasanbieter, die auch nach Bremen und Bremerhaven liefern. Beim (Preis-)Kampf um den Kunden kämpfen nicht alle Anbieter mit fairen Tarifen und transparenten Preisen. Für diese Fälle bietet die Verbraucherzentrale Bremen seit Mai auch Energierechtsberatungen in einem Pilotprojekt an. Ob es um die Prüfung von Gewährleistungsansprüchen bei mangelhafter Installation von Heizungsanlagen geht, um juristische Probleme beim Anbieterwechsel oder um die Prüfung von Wärmelieferverträgen, der Energierechtsberater berät unabhängig.

### Klima

Mit der Klimaausstellung durch das Bundesland Bremen – so startete das Klimateam das Jahr 2010. Anhand von acht Tafeln konnten sich die Ausstellungsbesucher über Möglichkeiten informieren, das Klima zu schützen. Egal, ob man sonntags die Brötchen zu Fuß holt statt mit dem Auto oder lieber im Januar regionalen Grünkohl isst statt eingeflogenen Spargel aus Neuseeland, es ist nicht so schwierig, Klimaschützer zu sein, so die Botschaft der Ausstellung.

Bewegt ging es im Klimaprojekt weiter. Bei noch kühlen Frühlingstemperaturen machte die Radshow des bundesweiten Klimaprojektes halt in Bremerhaven. Spielerisch konnten sich die Verbraucher über klimafreundliche Mobilität informieren. Experten boten Beratung an, worauf man beim Kauf von (Elektro-)Fahrrädern achten muss. Auch der Klima- und Polarforscher Dr. Gert König-Langlo vom Bremerhavener Alfred Wegener Institut war vor Ort, um über Klimaforschung in der Antarktis und die daraus gewonnenen Erkenntnisse über mögliche Folgen des Klimawandels für Bremerhaven zu berichten.

Mit der aufkommenden Wärme wurde es Zeit zum Marktcheck von Klimageräten. Die ernüchternde Erkenntnis: die meisten Klimageräte sind energieschluckende Krachmacher. Aber auch auf die Energie-Kennzeichnung der Geräte können sich die Verbraucher nicht verlassen. In keinem der überprüften neun Geschäfte in Bremen und umzu entsprach die Kennzeichnung den gesetzlichen Vorgaben. Lust auf klimafreundliche Mobilität veranlasste das Klimateam zu einem bundesweiten Marktcheck der Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen. Hier wurden besonders Bahnhöfe an typischen Pendlerströmen untersucht. Das Ergebnis fiel sehr unterschiedlich aus. Vergebens suchten die Tester am Bahnhof Bremerhaven-Wulstorf eine Fahrradabstellanlage. Die übrigen vom Klimateam Bremen untersuchten Bahnhöfe konnten zumindest entsprechende Anlagen vorweisen. Damit Verbraucher vermehrt vom Auto aufs Rad umsteigen, sind bessere Rahmenbedingungen wie ausreichende und sichere Abstellanlagen notwendig, die abends auch gut beleuchtet sind. Die gleichzeitig stattgefundene Umfrage bei Bahnfahrern ergab, dass 35 Prozent der Befragten mit dem Fahrrad zu ihrem Bahnhof radeln würden, wenn es dort bessere und sicherere Abstellanlagen gäbe.

Bewegen fürs Klima kann sich auch unser Geld, die Broschüre „Klimabewusst Geld anlegen“ informiert interessierte Verbraucher über entsprechende Möglichkeiten der Geldanlage. Die in der Broschüre enthaltene Checkliste hilft, geeignete Produkte im grünen Angebotswald zu finden.

2010 traf sich Deutschland zur Feier der deutschen Einheit in Bremen. Das Klimateam, unterstützt durch alle Fachbereiche der Verbraucherzentrale Bremen, feierte mit einem eigenen Stand mit den Verbrauchern und informierte vor Ort über klimafreundlichen Konsum. Es war gleichzeitig die letzte große Aktion des Klimaprojektes in Bremen, zum Jahresende gingen die Lichter aus. Zeit, Bilanz zu ziehen: Viele Verbraucher möchten sich klimafreundlich verhalten, wissen aber häufig gar nicht, wie das geht. Zum Teil fehlen entsprechende Produkte in den Regalen, zum Teil werden Produkte als klimafreundlich angeboten, die dieses Etikett nicht verdienen. Bisher fehlen eindeutige Labels analog dem Biosiegel bei Lebensmittel, die den Verbrauchern ermöglichen, sich leichter für klimafreundlich hergestellte Produkte zu entscheiden. Auf diese Missstände hinzuweisen und Handlungsalternativen aufzuweisen, das war Ziel des Projektes. Schade, dass es vorbei ist.

Jahresabschluss Haushalt 2010				
	2010	2009	Abweichung zu 2009	
	in Euro	in Euro	in Euro	in %
<b>1. EINNAHMEN</b>				
Eigeneinnahmen / vermischte Einnahmen	246.755	231.382	15.373	6,6
BMELV Projekt Ernährung	112.051	99.660	12.391	12,4
BMELV Projekt Wirtschaftlicher Verbraucherschutz	84.686	84.686	0	0,0
Senator für Wirtschaft Bremen (SW)				
• Institutionelle Zuwendung	271.949	273.079	-1.130	-0,4
• Zuwendung für Projekt Ernährungsberatung	112.051	110.921	1.130	1,0
• Zuwendung für Projekt Wirtschaftl. Verbraucherschutz	84.686	84.686	0	0,0
Zuwendung des Magistrats der Stadt Bremerhaven	23.700	24.420	-720	-2,9
vzbv - stationäre Energieberatung (Sachkostenpauschale)	12.586	9.305	3.281	35,3
vzbv - Projekt Energie (Personalkostenbeitrag)	35.292	0	35.292	100,0
Gemeinkosten vzbv Projekte	331	4.184	-3.853	-92,1
sonstige Einnahmen	337	368	-31	-8,4
Projekt Gesundheit (Senatorin für Gesundheit)	8.925	0	8.925	100,0
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>993.349</b>	<b>922.691</b>	<b>70.658</b>	<b>7,66</b>
<b>2. AUSGABEN</b>				
<b>2.1. Personalausgaben</b>				
Senator für Wirtschaft, institutionell	432.774	333.045	99.729	29,9
BMELV Projekt Ernährung - Anteil SW Bremen	94.355	95.235	-880	-0,9
BMELV Projekt Wirtschaftl. Verbr.schutz - Anteil SW Bremen	70.840	70.745	95	0,1
BMELV - Projekt Ernährung - Bund	103.485	101.669	1.816	1,8
BMELV - Projekt Wirtschaftl. Verbraucherschutz - Bund	70.760	70.833	-73	-0,1
<b>Summe Personalausgaben</b>	<b>772.214</b>	<b>671.527</b>	<b>100.687</b>	<b>14,99</b>
<b>2.2. Sächliche Verwaltungsausgaben</b>				
Senator für Wirtschaft, institutionell	161.337	199.682	-38.345	-19,2
BMELV Projekt Ernährung - Anteil SW Bremen	17.696	15.641	2.055	13,1
BMELV Projekt Wirtschaftl. Verbr.schutz - Anteil SW Bremen	13.846	13.840	6	0,04
BMELV Projekt Ernährung - Bund	8.317	7.795	522	6,7
BMELV - Projekt Wirtschaftl. Verbraucherschutz - Bund	13.905	13.836	69	0,5
<b>Summe sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>215.101</b>	<b>250.794</b>	<b>-35.693</b>	<b>-14,23</b>
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>987.315</b>	<b>922.321</b>	<b>64.994</b>	<b>7,05</b>
Summe Einnahmen	993.349	922.691	70.658	7,66
Summe Ausgaben	987.315	922.321	64.994	7,05
<b>Ergebnis</b>	<b>6.034</b>	<b>370</b>	<b>5.664</b>	<b>0,61</b>

## Wagen und winnen

Die schlechte Nachricht zuerst: Abwasser und Wasser bleiben teuer in Bremen. Die gute Nachricht: es wird (zunächst) nicht noch teurer. Das ist das Ergebnis der jahrelangen Auseinandersetzung um die endgültige Privatisierung von Abwasser. Mit der beabsichtigten Privatisierung hätten die Unternehmen die Umsatzsteuer absetzen können; damit wäre für sie Abwasser um fast ein Fünftel günstiger geworden. Bundesweit hätte es einen Dambruch gegeben und die Abwasserpreise wären gestiegen. Für die Bremer Verbraucher bleiben Wasser und Abwasser jedoch teuer und das allein deshalb, weil HanseWasser staatlich garantierte Gewinne einstreicht. Wasser und Abwasser gehören zur Grundversorgung und deshalb in kommunale Hände. Dem sinnvollen Trend zur Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze muss der Trend zur Rekommunalisierung von Wasser und Abwasser folgen. Vielleicht können wir ja in Zukunft einfach nur gutes kommunales Bremer Wasser genießen!

Im Jahr 2010 hat das Bundeskartellamt 255 Millionen Euro an Strafgeldern eingenommen. Viele Bekannte waren unter den Sündern: Kaffeeröster, Brillenhersteller sowie diverse Lebensmittelhändler. Immer ging es um Preisabsprachen und damit um die finanzielle Schädigung der Verbraucher. Die Verbraucherzentralen haben nun vorgeschlagen, zumindest einen Teil der Strafgelder dem Verbraucherschutz zur Verfügung zu stellen. Diese könnten in die im Sommer gegründete Stiftung Verbraucherschutz fließen und den Verbraucherzentralen für zusätzliche Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden. Es ist auch nicht einzusehen, dass u. a. Telekommunikationsunternehmen und Energieversorger ihr Beschwerdemanagement quasi in die Verbraucherzentralen auslagern und Verbraucher und Steuerzahler dadurch belastet werden. Aber auch der Bund ist an der finanziellen Misere der Verbraucherzentralen beteiligt, indem er beispielsweise die private Altersvorsorge einführt, aber nicht dafür sorgt, dass entsprechend notwendige Beratungskapazitäten finanziert werden. Bundesweit stehen in den Verbraucherzentralen 130 Finanzberater 40 Millionen Haushalten gegenüber; das bedeutet, auf einen Berater kommen 300.000 Haushalte. Bei der Anwendung des Verursacherprinzips würde die Stiftung über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um zusätzliche Verbraucherinformation und -beratung zu finanzieren. Gut ist, dass sich die Verbraucherschutzministerkonferenz, deren Vorsitz im Jahr 2011 Bremen innehat, des Themas angenommen hat. Vielleicht färbt ja das Bremer Motto: „wagen un winnen“ auch einmal auf den Verbraucherschutz in Deutschland ab. Die Krankenkassen befinden sich ebenfalls im Wettbewerb, sowohl was die Leistungen als auch was die Kosten angeht. Durch die Unterstützung der Bremer Gesundheitsministerin kann die Verbraucherzentrale jetzt auch hier mit Beratung Entscheidungshilfen anbieten.

Was in anderen Bundesländern lang geübte Praxis ist, gab es in Bremen bisher nicht: Gesetzesanhörungen, von deren Auswirkungen auch Verbraucher betroffen sind, fanden unter Ausschluss der Verbraucherzentrale statt. Seit diesem Jahr hat diese Praxis ein – hoffentlich endgültiges – Ende. Die Verbraucherzentrale war eingeladen, ihre Stellungnahme zum Heimgesetz, zum Krankenhausgesetz und zur Abwasser GmbH abzugeben. Das hat sie erfolgreich getan; die Abwasser GmbH ist vom Tisch und beim Krankenhausgesetz konnte sie Verbesserungen bei der Mitwirkung von Patienten durchsetzen. Aber nicht nur die offizielle Praxis hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit den für Verbraucherschutz zuständigen senatorischen Behörden Gesundheit und Wirtschaft haben sich gut entwickelt. Zum Schluss: auch wenn das Klimaprojekt beendet ist, hat es (nicht nur!) intern positive Auswirkungen gehabt. Die Verbraucherzentrale wurde als „Fahrradaktiver Betrieb“ ausgezeichnet. Wahrscheinlich waren wir das auch schon vorher, aber jetzt hat sich endlich mal jemand darum gekümmert, dass wir uns eine Urkunde an die Wand hängen können.

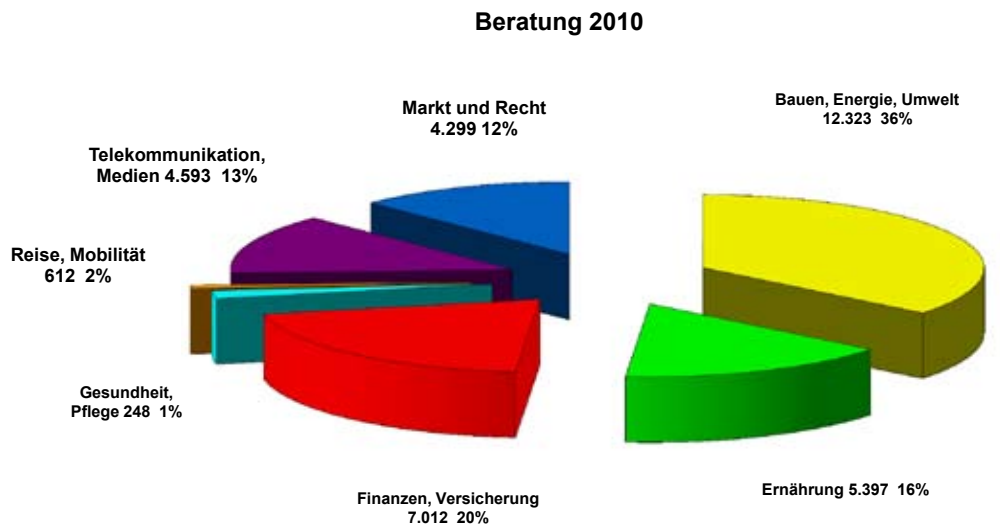
*Irmgard Czarniecki*

Irmgard Czarniecki  
Geschäftsführung



Jahresbericht 2010





## Finanzdienstleistung: Überziehungszinsen - Abkassieren auf überhöhtem Niveau

Die Finanzmarktkrise hat eine massenhafte Falsch- und Schlechtberatung durch Banken aufgedeckt und eine rege Diskussion über Reformen ausgelöst. Die Anlegerberatung ist jedoch nicht das einzige Feld, auf dem der Gesetzgeber zur Reform aufgerufen ist. Ein weitverbreitetes Marktversagen lässt sich auch im Bereich der Dispo-Zinsen beobachten. Dort haben die Banken die Zinsen bei weitem nicht so stark gesenkt, wie es aufgrund des allgemeinen Zinsniveaus geboten wäre. Der Schaden für die Verbraucher geht in die Hunderte von Millionen Euro. Und betroffen sind vor allem finanziell schwächere Bevölkerungsgruppen.

Bundesweite Kritik an dem Abkassieren der Banken hat insbesondere eine Untersuchung ausgelöst, die die Stiftung Warentest im September 2010 veröffentlicht hat. Die Verbraucherzentrale Bremen hatte das Thema allerdings schon früher in die Öffentlichkeit gebracht. Im Juni 2010 veröffentlichte sie eine Untersuchung zur Höhe der eingeräumten und geduldeten Überziehungszinsen bei den in Bremen ansässigen Banken. Die Untersuchung zeigte nicht nur, dass das Gros der Geldinstitute seine Zinssätze nur unzureichend – oder gar nicht – an das seit Ende 2008 gesunkene Niveau angepasst hatte. Sie stellte vielmehr auch fest, dass die Überziehungszinsen in der Stadt Bremen deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt lagen.

Schamlos abkassiert wurde dabei vielfach insbesondere bei den so genannten geduldeten Überziehungen – also wenn der vereinbarte Dispo überzogen wurde. Einige Banken kassierten in diesem Fall mehr als 20 Prozent effektiv – während im Handel unter Banken der Zins gleichzeitig bei rund einem Prozent lag. Als besonders anstößig zeigte sich dabei eine Bank, die selbst nur mit den Geldern der Steuerzahler vor der Pleite gerettet worden war: die Commerzbank AG. Sie kassierte, wenn der Dispo überzogen war, neben exorbitanten 20 Prozent Zinsen extra nochmals fünf Euro pro Buchung. Die Verbraucherzentrale hat ihr deshalb die Negativ-Auszeichnung einer „Goldenen Nase“ verliehen – ein Preis, mit dem (auch künftig) „eine besonders dreiste Geldschneiderei zu Lasten von Verbrauchern“ publik gemacht werden soll.

Im Zusammenhang mit dieser Aktion hat die Verbraucherzentrale zugleich ein Eingreifen des Gesetzgebers angemahnt. Ihre Forderung: Da der Markt bei Überziehungszinsen ganz offensichtlich nicht funktioniert, müssen gesetzliche Höchstgrenzen für diese Zinsen gesetzt werden. Derartige Eingriffe gibt es bereits in anderen Ländern. Die Verbraucherzentrale hat hierzu vorgeschlagen, eine maximale Marge von fünf Prozentpunkten bei eingeräumten Überziehungen und maximal acht Prozentpunkte bei geduldeten Überziehungen zuzulassen – was im Hinblick auf Aufwand und Risiko allemal reichen sollte, um das Geschäft mit Überziehungskrediten auch weiterhin mit Gewinn betreiben zu können.

Der Vorschlag einer solchen gesetzlichen Deckelung ist inzwischen auch in den Antragskatalog der Verbraucherschutzministerkonferenz aufgenommen worden.

## Ernährung

### Fachtag zum Thema Nanotechnologie: Chancen – Risiken?!

Auf dem 9. „Bremer Forum Gesundheitlicher Verbraucherschutz“ diskutierten Fachleute, Multiplikatoren und Interessierte über die Chancen und Risiken der Nanotechnologie – auch im Blick auf die Entwicklung im Bremer Raum.

Nanotechnologien gelten als die technische Revolution der letzten Jahre und soviel ist sicher: sie werden in naher Zukunft noch viel stärker auf den Markt drängen. Ein Nanometer ist ein Millionstel Millimeter, und diese Winzigkeit der Materialien eröffnet Industrie und Forschung eine Fülle neuer Möglichkeiten. Der Begriff Nanotechnologie beschreibt keine einzelne Technologie, sondern umfasst unterschiedliche Techniken und Bereiche, zum Beispiel Elektronik, Architektur, Medizin, Kosmetik oder Verpackungsindustrie. So kommt jeder Verbraucher heutzutage mit Nanoteilchen in Berührung, und fast immer, ohne es zu wissen. Der wirtschaftliche Erfolg ist groß, doch viele Fragen hinsichtlich der gesundheitlichen und ökologischen Risiken sind bislang unbeantwortet. Nanoteilchen können sich im Körper anreichern, und unerwünschte Wechselwirkungen zwischen Teilchen und Zellen sind nicht auszuschließen. Es gibt sogar Hinweise darauf, dass Nanoteilchen Krebs erzeugen können. Auch ist bislang völlig unklar, ob freie Nanoteilchen zum Beispiel bei der Entsorgung in die Umwelt gelangen können – und welche ökologischen Folgen die Freisetzung haben könnte. Das „Bremer Forum Gesundheitlicher Verbraucherschutz“ wird seit vielen Jahren vom Bremer Institut für Präventionsforschung, von der Senatorin für Gesundheit und der Verbraucherzentrale zu den unterschiedlichsten Themen aus dem Bereich Gesundheit konzipiert und organisiert. In jedem Jahr – auch 2010 – nehmen etwa 100 interessierte Bremer und Bremerinnen an den Veranstaltungen teil.

### Marktbeobachtung

Auch im Jahr 2010 ist die Verbraucherzentrale wieder in die Geschäfte gegangen, um sich das Lebensmittelangebot genauer anzusehen. Zwei Marktbegehungen fanden im Rahmen bundesweiter Gemeinschaftsaktionen statt: Clean Label und die Grundpreisauszeichnung. Clean Label („Saubere Etiketten“) ist eine noch relativ neue Methode der Hersteller, ihre Produkte schön, oder besser, gesund zu reden. „Ohne Geschmacksverstärker, Farbstoffe, Konservierungsstoffe“ – so oder so ähnlich prangt es immer häufiger auf Knabberartikeln, Milchprodukten, Fertiggerichten, Süß- oder Backwaren. Das klingt gut, achten doch immer mehr Verbraucher beim Einkaufen darauf, dass die Anzahl der Zusatzstoffe bei einem Produkt möglichst klein ist. Doch schaut man auf die Zutatenliste, findet man Hefeextrakte, die Geschmacksverstärker enthalten, Pflanzenauszüge, die färben und Säuerungsmittel, die konservieren. Nach Auffassung der Verbraucherzentralen muss der Gesetzgeber eindeutige rechtliche Regelungen für Clean Labels schaffen. So sollte der Hinweis „ohne Geschmacksverstärker“ nur dann erlaubt sein, wenn tatsächlich kein Geschmackverstärker verarbeitet wurde – auch kein Ersatzstoff. Und diese Regel muss für alle „sauberen Etiketten“ gelten!

Bei der Grundpreisauszeichnung werden die Vorschriften häufig nicht eingehalten. Das ergab eine bundesweite Überprüfung von insgesamt 3.225 Lebensmitteln durch die Verbraucherzentralen. Mehr als die Hälfte der Grundpreisangaben war fehlerhaft. Falsche Bezugsgrößen und Berechnungen und vor allem eine extrem hohe Fehlerquote bei Sondervorschriften waren die Gründe: über 95 Prozent der getesteten Puddingpulver und Tütensuppen hatten keine korrekten Grundpreisangaben.

In Bremen hat sich die Verbraucherzentrale außerdem die Beratungsqualität von Apotheken, die Kennzeichnung auf Wochenmärkten und die Lesbarkeit von Zutatenlisten einmal genauer angeschaut. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle drei Erhebungen schlechte Ergebnisse erbrachten. Die meisten Apotheken empfahlen ohne weitere Nachfragen zur Ernährungsweise der Testkundin (fast immer die teuersten!) Nahrungsergänzungsmittel; Anbieter auf Wochenmärkten ignorieren zu fast 49 Prozent die vorgeschriebene Kennzeichnung von Eiern und zu 41 Prozent die von Obst und Gemüse; Zutatenlisten auf den Verpackungen sind häufig winzig klein, in den Falten der Verpackungen versteckt oder so kontrastarm oder mit reflektierender Schrift aufgedruckt, dass sie schlicht unlesbar sind. Fazit der Erhebungen: Für die Lebensmittelüberwachung gibt es viel zu tun!

### Leibeslust in Gröpelingen

WIN-Mittel machen es möglich: „Leibeslust – gemeinsam auf dem Weg zum Wohlfühlgewicht“ heißt ein neues Angebot im Gesundheitstreffpunkt West für Frauen aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Ernährungsschulung, Bewegungstherapie und psychosoziale Beratung – dieser ganzheitliche Ansatz kam (und kommt!) bei den Frauen gut an. Die Ernährungsberatung, die von der Verbraucherzentrale durchgeführt wird, vermittelt Kenntnisse über eine gesunde Ernährungsweise einerseits und hilft andererseits, das eigene Ernährungsverhalten zu reflektieren. Die Tipps für eine gesunde und preiswerte Lebensmittelauswahl helfen dabei, das Ziel „Wohlfühlgewicht“ zu erreichen. In der Bewegungstherapie geht es darum, die Freude an Bewegung wieder zu entdecken, zum Beispiel durch Bewegung nach Musik oder durch Aktivitäten, die draußen stattfinden. In der psychosozialen Beratung werden Potenziale zur Selbsthilfe aktiviert und Hilfe und Lösungsmöglichkeiten für Probleme im Alltag entwickelt. Besonders schön ist für die Teilnehmerinnen auch, dass zeitgleich eine Kinderbetreuung angeboten wird.

### Und wie in jedem Jahr:

Kurse für übergewichtige Kinder, Jugendliche und ihre Familien und für Erwachsene, Ausstellungen in Schulen, Seminare für ältere Menschen, Schulungen für Auszubildende, Teilnahme an der HanseLife, Vorträge zu den verschiedensten Themen und zahlreiche Interviews für Presse, Funk und Fernsehen gab es auch im Jahr 2010.



## Kontaktdaten & Medienarbeit 2010

### NutzerInnen/Kontaktdaten 2010

Webseite	575.838 Besuche
Fachauskünfte	24.504
Beratungen	34.484

### Kollektiver Verbraucherschutz 2010

Abmahnungen	60
-------------	----

## Organisation und Mitgliedsverbände

### Mitgliederversammlung

### Vorstand

Vorsitzender:	Jörn Diers • Arbeitnehmerkammer
stellv. Vorsitzender:	Dr. Mario Domann-Käse • SPD
weitere Mitglieder:	Gunthild Meyer • DHB Dr. Karin Mathes • Bündnis 90 / Die Grünen Alexander Tassis • CDU

### Geschäftsführung

Irmgard Czarnecki

### Betriebsrat

Gerrit Cegielka

### Abteilungen

Energie	Mechthild Himmelreich Inse Ewen Manfred Heuer Martina Köhnken Ute Rigbers Ansgar Wissmann Ugur Yüzüncü	Ernährung	Theodora Plate Regina Aschmann Gertraud Huisinga Brigitte Klinkerfuß
Finanzdienstleistung	Arno Gottschalk Birgit Funke Thomas Mai Yalcin Sahinogullari Hartmut Schwarz Gabriele Zeugner Yalcin Sahinogullari	Infozentrum Klima	Jörgen Birkhan Mechthild Himmelreich Norbert Frank Dr. Lovis Wambach Gabriele Zeugner Gerrit Cegielka
Personal / Finanzen Sekretariat / Telefonzentrale	Brigitte Tjarks	Verbraucherrecht	Barbara Kratz Ursula Witting
		Beratungsstelle Bremerhaven	

### Mitgliedsverbände (in alphabetischer Reihenfolge):

Arbeitnehmerkammer Bremen • Bündnis 90 / Die Grünen • CDU Landesverband Bremen • CGB Landesverband Bremen • Deutscher Hausfrauen-Bund e.V. • DGB Kreis Bremen • DIE LINKE. Landesverband Bremen • FDP Landesverband Bremen • Förderverein Schuldenberatung im Lande Bremen e.V. • Gewerkschaft NGG Weser Elbe • Haus & Grund Landesverband Bremen e.V. • Mieterverein Bremen e.V. • SPD Landesorganisation Bremen •

### Beratungszentrum Bremen

Altenweg 4  
28195 Bremen  
Tel. 0421 / 160 77 7  
Fax 0421 / 160 77 80  
eMail: info@vz-hb.de

[www.verbraucherzentrale-bremen.de](http://www.verbraucherzentrale-bremen.de)

**Impressum:** HERAUSGEBER VERBRAUCHERZENTRALE BREMEN E.V., ALTENWEG 4, 28195 BREMEN; V.I.S.D.P. IRMGARD CZARNECKI, GESTALTUNG HARTMUT SCHWARZ; DRUCK: GENERATE COMMUNICATIONS GMBH, OTTO-BRENNER-ALLEE 28, 28325 BREMEN, AUFLAGE 250 EXEMPLARE.